

Festungswärter Oppermann

SPD-Fraktionschef will Mittelmeer-Flüchtlinge nach Nordafrika abschieben

Wie in der Union gibt es jetzt auch in der SPD Forderungen, im Mittelmeer gerettete Flüchtlinge nach Nordafrika abzuschieben. Diese Flüchtlinge sollten »zunächst in Nordafrika versorgt und betreut werden«, schrieb SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann in einem Gastbeitrag für die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung (FAS)*. Bei Opposition, Flüchtlingsorganisationen und auch aus der eigenen Partei erntete er dafür Widerspruch.

»Um die Schleuserbanden wirksamer zu bekämpfen, müssen wir ihnen die Geschäftsgrundlage entziehen, indem die im Mittelmeer geretteten Flüchtlinge wieder zurückgebracht werden«, schrieb Oppermann. Eine Lösung sieht der Sozialdemokrat in einer engeren Zusammenarbeit »nicht nur mit dem zerrissenen Libyen, sondern auch mit stabileren Transitländern in Nordafrika« wie Marokko und Tunesien.

Oppermann unterstützte damit eine Initiative von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU), der ein Auffanglager in Tunesien errichten lassen will. Am Freitag hatten sich die Staats- und Regierungschefs der EU auf Pläne geeinigt, entsprechende Kapazitäten in Libyen zu schaffen. Der SPD-Fraktionschef sprach sich außerdem für einen europäischen Fonds aus, um die Kosten für die Integration von Flüchtlingen gerechter auf die EU-Mitgliedsstaaten zu verteilen. Er forderte zudem ein Einwanderungsgesetz, um die Zahl der Arbeitskräfte »bedarfsorientiert und flexibel nach einem transparenten Punktesystem« zu steuern.

Der Vorsitzende der SPD-Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt, Aziz Bozkurt, nannte es »zynisch und menschenverachtend«, Aufnahmelager in instabilen nordafrikanischen Ländern zu errichten, »um Geflüchtete nach dort abzuschieben und ihnen ordentliche Asylverfahren zu verwehren«. Oppermann gehe »völlig unnötig auf einen weiteren völkerrechtlich bedenklichen Vorschlag der Union zu«. »Im Mittelmeer gerettete Flüchtlinge zurückzuschicken bedeutet noch mehr verzweifelte Versuche, noch gefährlichere Routen und damit zwangsläufig noch mehr Tote«, erklärte Linken-Fraktionsvize Jan Korte. »So viel Skrupellosigkeit sind wir von der CDU/CSU schon gewohnt.« Wenn der SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz in der EU mehr sehe als »einen Verein kollektiv organisierter Verantwortungslosigkeit«, dann müsse er »seinen Fraktionsvorsitzenden im Bundestag zurückpfeifen«. (AFP/jW)

<http://www.jungewelt.de/2017/02-06/007.php>